

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Peter Lanzet

Fortdauernder Machtkampf

„Es ist einfacher, einen Diktator abzusetzen, als die Wurzeln einer Diktatur auszureißen“, sagte der frühere Staatspräsident der Malediven, Mohamed Nasheed, bei einer Pressekonferenz in London Ende Januar 2016. Nasheed wurde 2012 bei einem Staatsstreich von Polizei und Militär abgesetzt und anschließend – als Resultat einer manipulierten Wahl – durch den neuen Präsidenten Abdulla Yameen ersetzt. Er war 2008 demokratisch gewählt worden und hatte sich international besonders als Vorkämpfer gegen die globale Klimaerwärmung einen Namen gemacht. Ende 2013 wurde Nasheed verhaftet und zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Der neue Präsident Abdulla Yameen ist der Halbbruder von Maumoon Abdul Gayyoom, der zuvor die Malediven jahrzehntelang diktatorisch regiert hatte. Aufgrund von starkem nationalen und internationalen Druck gewährte Präsident Yameen seinem Vorgänger einen Gefängnisurlaub zur medizinischen Behandlung in Großbritannien. Die Auseinandersetzung wird nun auch in den internationalen Medien stärker wahrgenommen, weil Yameen sich für ein Honorar von 420.000 britischen Pfund Rechtsbeistand bei der Beratungsfirma „Omnia“ gesichert hat, die von Cherry Booth geleitet wird, der Ehefrau des früheren britischen Premiers Tony Blair. Nasheed wird seinerseits von etlichen Pro-bono-Rechtsanwälten vertreten, vornehmlich von Amal Clooney, der Ehefrau des Hollywoodstars George Clooney. Nasheed muss sich in den nächsten Wochen entscheiden, ob er – wie von den Malediven gefordert – nach Abschluss seiner Behandlung wieder in sein Land und damit ins Gefängnis zurückkehrt oder ob er die Oppositionsbewegung von außerhalb führen will.

Korruption

Die Antikorruptionskommission des Parlaments hat am 5.1.2016 einen Bericht über die informelle Zahlung von 79 Millionen US-Dollar an ausgewählte Parlamentarier veröffentlicht. Die Gelder stammen aus der staatlichen *Maldives Marketing and Public Relations Corporation* (MMPRC), welche ihre Einkünfte unter anderem aus der Vermietung und Verpachtung von Touristeninseln erzielt. Die Mittel wurden über den bisherigen Vizepräsidenten Ahmed Adheeb Abdul Ghafoor verteilt, der gegenwärtig unter dem Verdacht, einen Bombenanschlag auf die Präsidenten-

familie verübt zu haben, in Untersuchungshaft sitzt. Gegen ihn wird in 40 Fällen wegen Korruption ermittelt. Die Oppositionspartei *Maldives Democratic Party* (MDP) zitierte ausführlich aus einem Geheimdienstbericht. Darin werden die Aneignung öffentlicher Gelder durch Regierungsverantwortliche, ihre Nutzung für die Überwachung politischer Gegner sowie die Bestechung der Justiz, diverser Parlamentarier, Polizisten und Geschäftsleute sowie der Mafia gebrandmarkt. Die Partei vermutet, Saudi Arabien habe in der jüngeren Vergangenheit etwa 500 Millionen britische Pfund an Verantwortliche und Beamte des Staates gezahlt. Präsident Yameen und seine Frau Fatimah Ibrahim geraten zunehmend selbst in die Schusslinie. Details über ihre Kontenbewegungen wurden von der *Maldives Islamic Bank* an die Antikorruptionskommission des Parlaments weitergeleitet, die aber darüber bisher nichts veröffentlicht hat. Dringlichkeitsanträge der Oppositionsparteien des Parlaments auf die Überprüfung des Verbleibs von unter anderem 1,5 Milliarden US-Dollar, die von Politikern und Geschäftsleuten ins Land gebracht worden waren, lehnten die Parlamentarier der Regierungskoalition mehrheitlich ab.

Dschihadisten und Islamische Gesellschaft

Ein Reporter des deutschen „Weltspiegel“ musste das Land verlassen, weil er versucht hatte, junge Leute über die Gründe ihrer politischen Nähe zum Islamischen Staat zu befragen. Wie es im TV-Beitrag heißt, stellen sich in Malé, der Hauptstadt der Malediven, paradiesische Gefühle nicht unbedingt ein. Im Stadtbild herrscht bei der Bekleidung der Menschen die Farbe Schwarz vor. Es gibt ein strenges Bikiniverbot. Der Islam ist die einzige im Land erlaubte Religion, die Scharia ist Gesetz, weshalb es beispielsweise öffentliche Auspeitschungen für außerehelichen Sex gibt. Vor Kurzem sind IS-Sympathisanten mit Parolen wie „Der Islam wird die Welt beherrschen“ und „Nieder mit der Demokratie“ auf die Straßen gegangen. Mitte Februar überraschten die Malediven mit der Nachricht, dass ca. 200 maledivische Dschihadisten mit dem IS kämpfen. Pro Kopf der Bevölkerung stammen damit mehr Kämpfer aus den Malediven als aus irgendeinem anderen Land. Die Zeitungen machen dafür sowohl die Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Malediver als auch die Förderung einer fundamentalistischen Islamauslegung und Religionspraxis in den Malediven verantwortlich. Die Insel Malé, Hauptstadt der

Malediven, zählt zu den am dichtesten besiedelten Räumen weltweit: Auf 5,7 Quadratkilometern leben etwa 134.000 Menschen, oft teilen sich mehrere Familien eine der kleinen und teuren Wohnungen. Der jungen Generation fehlt es an Arbeitsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven ebenso wie an Freiräumen; viele suchen im Konsum von harten Drogen Zuflucht vor der totalen sozialen Kontrolle. J. J. Robinson, ein australischer Journalist, der die einzige unabhängige Nachrichtenagentur der Malediven „*Minivan*“ (das bedeutet „unabhängig“) leitet, vertritt in seinem kürzlich erschienenen Buch *The Maldives – Islamic Republic, Tropical Autocracy* (London 2015) die Ansicht, dass im Kampf gegen den als islamfeindlich dargestellten Nasheed die Kreise um Altpräsident Gayoom auf radikale Islamisten setzten, die nun ihrer Kontrolle entgleiten. Er zeigt auf, wie eng das Regime mit kriminellen Banden verstrickt ist, die in Malé in großer Zahl ihr Unwesen treiben. Beispielsweise ist ein entführter *Minivan*-Kollege bis heute nicht wieder aufgetaucht. Trotz der Milliardenumsätze der Tourismusindustrie lebt das Gros der Bevölkerung im durch und durch korrupten Staat in bitterer Armut. Der maledivische Präsident Yameen hat ein Zentrum zur Bekämpfung des Terrorismus eröffnet, um „radikalisierte Elemente“ zu identifizieren und sie zielgerichteten Rehabilitationsmaßnahmen zuzuführen. Britische Zeitungen befürchten, dass die Malediven bald zur Zielscheibe des Islamischen Terrors werden könnten und verweisen auf die Ereignisse in Tunesien, wo IS-Terroristen 2015 ein Blutbad an einem Strand angerichtet hatten. Auf der weltweit größten Reisemesse, der Internationalen Tourismus-Börse ITB Berlin (9.–13. März 2016), die sich für dieses Jahr die Malediven als ITB-Partnerland ausgesucht hat, wurde diese Gefahr eher nicht gesehen.

Klimawandel, Wachstum, Verteilungsgerechtigkeit und Geopolitik

Im Juni 2013 bezeichnete die Weltbank die Malediven wegen ihrer äquatorialen Lage als besonders vom Klimawandel betroffen. Der Meeresspiegel werde dort um 100 bis 115 Zentimeter ansteigen. Für die kaum zwei Meter aus dem Wasser ragenden Inseln ist das ein Disaster-Szenario. Wie im letzten SÜDASIEN-Heft geschildert, konzentrieren sich die Investitionspläne der Regierung auf den Ausbau der Flughafeninsel Hulhumale, auf der viele Wohnungen und Bildungseinrichtungen für die junge Generation untergebracht werden sollen. Hulhumale soll mittels einer von den Chinesen zu bauenden Brücke mit Malé verbunden werden. Die Baumaßnahmen haben bereits begonnen, die Chinesen lieferten bereits schweres Gerät zum

Bau der Brücke. Ebenfalls Teil der Investitionspläne ist die Befestigung und Auffüllung besonders betroffener Atolle. Die Pläne zur Exploration von Öl und Gas will die Regierung ebenfalls vorantreiben, findet aber beim gegenwärtigen Ölpreis keine Investoren. Weltbank und IWF bescheinigen den Malediven einen guten mittleren Platz unter den Mitteleinkommensländern in Südasien/Ostasien. Die letzten Messungen der Einkommensverteilung sind allerdings bereits acht Jahre alt und nicht mehr sehr aussagefähig. Auch wird darin der informelle Sektor der Wirtschaft nicht mitbetrachtet, sodass Einkommen und Vermögen aus dem Bereich der Schattenwirtschaft nicht berücksichtigt werden. Der oben genannte Autor J. J. Robinson geht von stark anwachsender wirtschaftlicher Ungleichheit aus. IWF und Weltbank warnen die Malediven aber auch vor den Konsequenzen der Defizite bei der Regierungsführung, ermutigen also vor allem zur Demokratie und zur Zurückdrängung der Korruption. Ex-Präsident Nasheed sorgt sich, die Malediven könnten wegen der Rivalität zwischen China und Indien aus militärstrategischen Gründen unter die Räder geraten. Das Angebot der Malediven an die Chinesen, ihnen ein Atoll für ihre Marine zur Verfügung zu stellen, können die Verantwortlichen in Indien nicht verstehen. In indischen Zeitungen wird von maledivischer Launenhaftigkeit gesprochen und angemahnt, dass es Indien gewesen sei, das bisher dem Land in allen Sicherheitsfragen zur Seite stand. Zum Vergleich: Die Bevölkerungszahl auf den Malediven entspricht der einer indischen Kleinstadt – circa 300.000.

Hochgericht verwehrt *Raajje* TV Zugang zu Verhandlungen

Dem oppositionstreuen Nachrichtensender *Raajje* TV wurde Anfang März 2016 vom Hochgericht der Zutritt zu laufenden Verhandlungen verboten. Selbst Anhörungen zu dem Brandanschlag, bei dem 2013 das Hauptbüro des Senders zerstört wurde, durften die Reporter nicht mitverfolgen. *Raajje* ist damit der letzte Medienkonzern, den das Hochgericht aus den Verhandlungen ausschloss. In der Woche zuvor war bereits den regierungstreuen Onlinezeitungen *Haveeru*, *V News* und *Avas* der Zutritt verboten worden. Eine offizielle Begründung für seine Entscheidung gab das Gericht nicht. Die Reporter von *Raajje* TV vermuten, dass der zwischenzeitlich vorsitzende Richter Abdul Bari Yoosuf hinter dem Ausschluss stecke. Bari steht derzeit für seine Beteiligung an der Inhaftierung führender Oppositionspolitiker – unter ihnen der ehemalige Präsident Mohamed Nasheed – in der Kritik. Die Serie der Zutrittsverweigerungen begann, nachdem ein Reporter der Onlinezeitungen Bari vor dem Gerichtsgebäude fotografiert hatte.